

Saale-Zeitung.

Verben die Spalte über dem Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unseren Annoncenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Restanten die Seite 60 Pfg.

Erhalten zweimal täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. (Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei einmaliger Zahlung 2,75 M., durch die Post 3 M., vierteljährlich 2 M., einmonatlich 1 M. ohne Befehlgebühren. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Nr. 5382 des amtl. Zeit.-Bez. Für die Redaktion verantwortlich Herr. Jordan in Halle. (Fernsprechverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg etc.) Anst.-Nr. 176. Sechszwanzigster Jahrgang.

Nr. 128. Halle a. d. Saale, Mittwoch den 16. März 1892.

Politische Uebersicht.

Der Gegenwart betr. die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg von Hannover ist, wie wir schon mitgeteilt, dem Abgeordnetenhaus gestern vorgegangen. Das Wesentlichste aus der Begründung dieser Vorlage haben wir ebenfalls mitgeteilt. Dasselbe wird im Abgeordnetenhaus alle Voraussicht nach nur auf geringen Widerstand stoßen. Am Freitag, entsprechend dem Gesetzentwurf vom 16. Febr. 1892, die Aufhebung der Beschlagnahme in dem Gesetze fest anzuerkennen, wird der Antrag an den Landtag erhoben. Die Zustimmung dazu anzusprechen, daß die Aufhebung der Beschlagnahme durch königliche Verordnung erfolgen kann. Durch das Gesetz, so heißt es in der Begründung, soll das grundsätzliche Einverständnis des Landtags mit der Wiederherstellung der Beschlagnahme an sich zum Ausdruck gebracht und die Möglichkeit gewahrt werden, die Wiederherstellung der Beschlagnahme durch königliche Verordnung anzusprechen. Man würde es verfehlen, wenn dieser Vorschlag damit gerechtfertigt wäre, daß der Inhalt des am 29. Sept. 1867 zwischen dem König Wilhelm und König Georg abgeschlossenen Vertrags, da derselbe sich nur auf das Privatvermögen des letzteren beziehe, außerhalb der Kompetenz des Landtags liege. Anstatt dessen sagt die Begründung:

Die Staatsregierung geht bei der Hoffnung hin, daß die Beschlagnahme der Landesverwaltung über diesen Gegenstand in dem gleichen verfassungsmäßigen Geiste erfolgen wird, wie welchem sie sich dabei dem Allerhöchsten Willen und Wunsch entsprechend selbst hat leisten lassen, und daß auf diese Weise etwa noch vorhandene, aus den historischen Ereignissen entspringende Schwierigkeiten in der Provinz Hannover vollständig beseitigt werden. Nach erfolgter Zustimmung des Landtags werden unmittelbare Verhandlungen wegen der für die Auseinandersetzung maßgebenden Gesichtspunkte und wegen der Ausführung des noch nicht erfüllten Teils des Vertrages vom 29. Sept. 1867 mit dem Herzog von Cumberland eingeleitet und die erforderlichen vorbereitenden Schritte zur Aufhebung der Beschlagnahme getan werden.

Es wäre doch für alle Theile angemessener, um nicht zu sagen, wichtiger, wenn die Regierung zunächst in die Verhandlungen mit dem Herzog von Cumberland über die Ausführung des Vertrages vom 29. Sept. 1867 eingetreten wäre und nach erfolgter Vereinbarung in dieser Beziehung die Zustimmung des Landtags zur Aufhebung der Beschlagnahme beantragt hätte. Vor allem wird man Anstich darüber erwarten müssen, welche weiteren Zugeständnisse den Nachkommen des Königs Georg gemacht werden sollen und was unter den „etwa noch vorhandenen, aus den historischen Ereignissen entspringenden Schwierigkeiten in der Provinz Hannover“ zu verstehen ist. Soll der Landtag in die Absichten der Regierung Vertrauen haben, so kann er verlangen, daß die Regierung ihrerseits ihm Vertrauen beweihe. Vor allem wird der Landtag Garantien bezüglich einer etwaigen braunschweigischen Thronfolgefrage verlangen müssen. Welcher doch das wieder „Preudenblatt“ in einer (gersten von uns wiedergegebenen) Ansicht aus der Aufhebung des Vertrags von Cumberland herrührenden Mitteilung, man neige doch der Ansicht zu, daß nach erfolgter Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens des Königs Georg bei einem gegebenen Anlaß dem Herzog von Cumberland die Möglichkeit geboten werden könnte, auf den Thron des Herzogtums Braunschweig zu gelangen. Schon im Interesse Braunschweigs muß verglichen „Anstich“ möglichst bald ein Ende gemacht werden.

Die die Lösung der Welfenfrage angefaßt worden ist und sich entwickelt hat, darüber erzählt man jetzt nach der „Frfr. Ztg.“ in parlamentarischen Kreisen folgende verlässige Einzelheiten:

Als der Kaiser im Nov. v. J. in Hannover war, beglückwünschte er bei einem Festmahl den Landesdirektor, Herrn v. Hammerstein, dazu, daß die Provinz aus dem Welfenfonds bedeutende Mittel für provinzielle Zwecke erhalten werde. Herr v. Hammerstein war davon überglücklich und machte dem Kaiser sein Best darans, daß er unangenehm überglücklich sei. Er stellte ihm offensichtlich vor, daß die Verwendung der Revenuen des Fonds bei der Bewässerung der Provinz keinen Centrad machen werde, ja daß vielmehr einzelne Kreise und Korporationen sich weigern würden, aus diesen Revenuen etwas anzunehmen; denn in der Provinz wüßte man die Aufhebung der Beschlagnahme. Der Kaiser ließ sich von Herrn v. Hammerstein weiter über die Geschichte des Welfenfonds und die darüber in der Provinz herrschende Stimmung unterrichten, versprach, daß er mit Caprioli sprechen wolle, und als er wenige Wochen darauf wieder in Hannover zu einer Jagd erschien, theilte er Herrn v. Hammerstein bereits mit, daß die Regierung bereit sei, zur Aufhebung der Beschlagnahme bereit sei. Es kam darauf, daß der Kaiser eine schriftliche formell einleitende und rechtsfertige Erklärung des Herzogs von Cumberland zu erlangen, und um mit diesem zu verhandeln, teilte Herr v. Hammerstein, mit einem Beglaubigungsschreiben versehen, nach Göttingen. Ein Einverständnis wurde bald erzielt, und es wurde ein Konzept des Vertrages entworfen, den der Herzog an den Kaiser zu schreiben hatte. Ein Exemplar dieses Vertrages fuhr dann in weiteren Verhandlungen erst geändert worden, bis er schließlich die Form erhielt, die man aus dem „Neidenschaftler“ kennt. Er beginnt bekanntlich: „Da ich Götting habe angenommen, daß es den Wünschen Ew. Maj. entspricht u. i. v.“ Diese Einleitung lautet im ersten Entwurfe etwas anders, es war etwas bestimmter ausgedrückt, daß dem Herzog mitgeteilt worden sei, daß der Kaiser eine Entscheidung der Welfenfrage wünsche. Auch am Schluß des Vertrages sind nachträglich einige Änderungen angebracht worden. Es hieß dort ursprünglich, „feindliche“ Unternehmungen, daraus ist „feindliche“ geworden, und zwar „gegen Ew. Maj. oder den preussischen Staat“ früher noch auch gesagt gegen die „Regierung“. Ueber etwas anders etwas bestimmter ausgedrückt, daß dem Herzog auch auf Wunsch des Herzogs nicht unterhandelt werden solle, was natürlich nicht ausreicht, daß man darüber gesprochen und Inhaltsbetrachtungen angestellt hat.

Die Schweiz geht augenblicklich wieder einmal den anderen großen Industriefächern mit einem glänzenden Beispiel voran, indem sie eine Unterordnung über die Einwirkung der Kräfte auf die Arbeitsverhältnisse veranlaßt. Die Unterordnung erfolgt durch das schweizerische Arbeitersekretariat. Es ist dies eine Institution des schweizerischen Arbeiterbundes, welche vom Bund unterstellt wird zum Zwecke der Erforschung der Arbeitsverhältnisse. Um die fragliche Unterordnung ausführlich durchzuführen, werden vom Arbeitersekretariat alle Leute aller Orten dazu aufgefordert. In erster Linie sind dazu berufen alle Vereine des schweizerischen Arbeiterbundes, die Gewerkschaften und Gewerkschaften, die Arbeitervereine und Krankentafeln der verschiedensten Richtungen. Da das Arbeitersekretariat keinen parteipolitischen Zweck dient und mit seiner Unterordnung nur eine objektive sozialwissenschaftliche Forschung bezweckt, sind alle Personen, die Beobachtungen machen und Interesse an der Kenntnis unserer sozialen Verhältnisse haben, also auch namentlich Industrielle, Ärzte, Beamte, Lehrer und Geistliche eingeladen, selbstbeobachtete Thatsachen dem Arbeitersekretariat mitzuteilen. Die Unterordnung erstreckt sich auf Reichslandsbestimmungen allgemeiner Natur in allen Industrien, und dann werden über die Massen-Arbeitslosigkeit unter den Städtern und Ufermännern, sowie in anderen Gebieten, wo solche vorhanden sind, Spezialberichte gemacht. Im übrigen erbitet sich das Arbeitersekretariat Nachrichten über vorkommende Betriebs-einstellungen von Fabriken oder Unternehmungen, Beschäftigung der Arbeiter und des Lohnes wegen Geschäftslage oder anderer Verhältnisse, wodurch die Lage der Arbeiter verschlechtert wird. Dabei wolle man stets die Zahl der betroffenen Arbeiter angeben.

Ueber den großen Streit der englischen Kohlengrubenarbeiter äußert die „Times“, die wollen Godes des Ausstandes auf die Industrie würden sich nicht mit einem mal fähbar machen, da die Fabrikanlagen in vielen Fällen beträchtliche Vorräte von Kohlen auf Lager haben und sich bemühen werden, über ein ausreichendes Aussehen ihrer Zufuhr gut wie möglich hinwegzukommen. Der Vorrat dürfte sich jedoch sehr bald erschöpfen. Sollte die Woche ohne die Aussicht auf eine baldige Wiederaufnahme des Betriebes vergehen, so wird die Zahl der unbefähigten Arbeiter in den verschiedenen Industrien gar schnell die doppelte Höhe erreichen. In weiten Kreisen ist man der Ansicht, daß der Streit nicht länger als eine Woche dauern wird, was jedoch in Hinsicht auf die jetzt von den Anstiftungen an den Tag gelegte Stimmung nicht allzu sicher erscheint. Es heißt, daß die Bergleute Hilfe von außen erwarten. Die Mitteilung ist sehr ungläubig und es wäre von Interesse, zu erfahren, von welcher Seite sie auf Bestand in diesem Streit zöhen, in welchem sie gegen alle Stellung genommen haben, welche unter gewöhnlichen Umständen mit ihnen sympathieren würden. — Inzwischen sind die Kohlenverhüttungen von Cumberland und anderen östlichen Häfen Englands aus thätigkeits eingestellt. Die North-Gallien-Eisenbahn hat 200 Meilen fallen lassen. Umfangreiche Störungen der Industrie werden aus der Provinz gemeldet, namentlich in Leeds und Newcastle tritt ein großer Mangel ein. Militärische Hilfe zur Instandhaltung der Pumpwerke in den Kohlengruben, welche von den Streikenden verlassen worden sind, wird verlangt. Es werden Unruhen befürchtet.

Wie man aus Washington berichtet, sollen höchstwahrscheinlich noch im Laufe dieser Kongresszeitung zwei neue Staaten in die Union aufgenommen werden. Das Repräsentantenhaus ist für die Aufnahme von Arizona und Neu-Mexiko. Bei Utah sollen gewisse Vorbehalte eintreten. Der Bundesrat andererseits wünscht Arizona und Oklahoma zu Staaten erhoben zu sehen, ist aber dagegen, daß Neu-Mexiko ein Staat wird, weil die Bevölkerung dieses Territoriums zu unwissenden Spaniern Amerikaner besetzt. Der Grund gegen Utah liegt natürlich darin, daß es zum größten Teil von Mormonen besetzt wird. Das Repräsentantenhaus glaubt, daß Oklahoma noch nicht eine sehr starke Bevölkerung hat. Es dürfte zu einem Kompromiß zwischen den beiden Häusern kommen, wonach Arizona und Oklahoma in den Staatenbund aufgenommen werden, aber erst nach der nächsten Präsidentschaftswahl.

Deutsches Reich.

Ueber den Berliner Dombau bringt die „Nord. Allg. Z.“ einen offiziellen Artikel, in welchem die frühere Mitteilung wiederholt wird, daß der Dom am 27. Januar 1900 mit einem feierlichen Gottesdienste eröffnet werden soll. Von sehr hoher Stelle seien folgende auf den Dombau bezügliche Worte gesprochen:

„Wenn der Dombau nach dem genehmigten Entwurfe sich gegenwärtig noch nicht der allgemeinen Sympathie erfreut, so ist das erklärlich; die Baukosten von 10 Millionen Mark bedeuten eine große Summe, also eine nicht geringe Belastung der steuerzahlenden Bevölkerung; das heißt man im Auge zu halten und beim Bau möglichst sparen zu müssen. Nicht der reiche ornamentale Schmuck eines Bauwerkes, sondern das künstlerisch wohl abgewogene Gemach der ebel zu gestalten Bauformen bedingen seine Schönheit und seinen künstlerischen Wert. Wäre das Werk so gelingen, daß es den besten Werken der Vergangenheit sich würdig anreihet, daß es der Gegenwart zum Ruhme gereiche, daß es vor allem für eine lange Zukunft seine hohe gottesdienstliche Bestimmung erfülle.“

Auf eine Eingabe hamburger Getreidefirmen an den Reichskanzler ist seitens des Reichsfinanzamtes unterm 11. d. nachstehende Antwort ergangen:

Auf die Eingabe vom 22. Februar d. J. erwidere ich Ew.

Wohlgelobten ergeben, daß auf Verbleibende I abgetheilte Getreide, welches sich am 1. Februar d. J. auf dem Frachtport befand, nur dann zur Entlastung der an diesem Tage in Kraft getretenen ermäßigten Zollsätze zugelassen werden darf, wenn die Abtammung d. Getreides aus Vertragsstaaten oder mittelbar dorthin Ländern nachgewiesen wird. Das Gesetz vom 30. Januar d. J., betr. die Anwendung der verhältnismäßigen Zollsätze auf Getreide, Holz und Reis, ist seinem Wortlaut nach auf das obige Getreide nicht anwendbar. Ich überlasse Ihnen, die Mitunterzeichner der Eingabe hieran zu verständigen.

Der Reichskanzler. S. B.: ge. v. Malgouin.

Nach § 29 des Unterwohnungswohnungs-gesetzes hat der Armenverband des Distriktes erstreckten Dienstboten, Weibchen, Gewerkschaften und Beschäftigten während 6 Wochen zur und Verpflegung zu gewähren, ohne hierfür einen Ertrag von dem für den Unterwohnungswohnungs des Ertrages zuständigen Armenverbände beanspruchen zu dürfen. Diese Vorschrift verleiht hauptsächlich den praktischen Zweck, betreffs gewisser Bevölkerungsklassen, bei denen ein besonders häufiger Wechsel vorkommt, die Erhaltung der Unterwohnungswohnungs während 6 Wochen und die Übernahme Hilfsbedürftiger zu verhindern. Der § 29 soll nun nach der vom Bundesrat vorgelegten Novelle nicht abgeändert werden, daß unter die in ihm genannten Personen auch die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter aufgenommen werden. Für diese Änderung haben sich zahlreiche Petitionen aus landwirtschaftlichen Kreisen schon lange vorher schon einbringen lassen. Die Forstarbeiter und ähnliche Kategorien von Lohnarbeitern ist das Bedürfnis nach einer entsprechenden Veränderung des § 29 nicht hervorgerufen, auch nicht anzuerkennen, weil dieselben nämlich der Krankenversicherung unterliegen und demgemäß für mindestens 13 Wochen bereits eine gesetzlich gebührende Fürsorge genießen. Für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter besteht dagegen die Krankenversicherungspflicht nicht allgemein; sie werden demnach gegen Krankheit nur auf Grund statutarischer Anordnung versichert. Aus diesem Grunde sind die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter bei der Änderung des § 29 des Unterwohnungswohnungs-gesetzes allein berücksichtigt worden. Wenn ferner die Dauer der Fürsorgepflicht für die im § 29 aufgeführten Personen zunimmt auf 13 Wochen ausgedehnt wird, so entspricht dies nur der Mindestfrist, welche im Krankenversicherungsgesetz für die Unterbringung erkrankter Beschäftigter vorgezeichnet ist.

Den Kundgebungen gegen den Volksschulgesetz Entwurf haben sich, wie das letzte Verzeichnis beim Landtag eingegangenen Petitionen ausweist, auch zahlreiche Professoren der Universität Königsberg angeschlossen.

Die Schulerhältnisse in Hörde in Westfalen, welche in neuester Zeit im Landtage viel besprochen worden sind, sind nunmehr durch die Einberufung eines Ausschusses in dessen Sitzung am Montag. Der Ausschuss wird demnächst seine Arbeit angeheben, daß er falls die Einstellung der Bedürfnisse der katholischen Volksschule in den nächsten Jahresplan nicht binnen 8 Tagen erfolge, auf Grund der Einberufung die Einstellung zuzunehmen verhalten werde. Der Magistrat hat unter Berufung auf die früher mit Genehmigung der Regierung gefassten Beschlüsse die Einstellung abgelehnt. Die Einberufung des Ausschusses ist die Übernahme der Kosten der katholischen Volksschule ebenso ab wie der Magistrat, für die Übernahme erklärten sich nur 2 Mitglieder der Verwaltung.

Wie die „Post“ hört, ist Landgerichtsrath Stiefel beim Berliner Landgericht I zum Landgerichtsdirektor ernannt und tritt an Stelle des in den Ruhestand getretenen Landgerichtsdirektors Pöbels. Staatsanwalt Labemann und zum Kammergericht ist zum ersten Staatsanwalt beim Landgericht Berlin II ernannt, an Stelle des nach Waiernverder vertrieben Staatsanwalts Bostack.

Dem londoner „Oberver“ zufolge hätte der deutsche Kaiser das englische Wappen „Bund“ in allen königlichen Schließen abgelehnt. Dem Grund der Abneigung bilde der Kronen-Symbol, das die Engländer in der Wappen der Deutschen ebenfalls abgelehnt. Die Abneigung des Kaisers über die Wappen der Deutschen bildet kommentieren.

Reichenbach im Kollg, 16. März. Bei der heutigen Reichstagswahl, erhielt Herr v. a. (ant.-lib.) 50 St. Förster (Antifem.) 247, Hoffmann (Sozial.) 11,688 Stimmen.

Kongress der deutschen Gewerkschaften.

(Bericht der Saale-Zeitung.)

II.

Sabstern, 15. März.

Am Vormittag wurde die gestern begonnene Diskussion über den Reichstagsbericht und die Generalkommission endlich zu Ende geführt. Die Tätigkeit der Kommission wurde stark angezweifelt. Namentlich wurden die übergebenen Aufträge wegen der Schuld an dem hamburger Streik. Einige hamburger Delegierte richteten gegen die Berliner Gewerkschaften, namentlich gegen die Streik-Kontrollkommission, heftige Angriffe. Die Berliner seien in der Gewerkschaftsbewegung das, was die „An“ der Arbeiter seien. In der Nachmittags-Sitzung wurde in die Debatte über die Organisationsfrage eingetreten. Der Referent, Dr. Richter Legien-Hamburg, äußerte sich ungefähr folgendermaßen: Bei Behandlung dieser Frage wird zunächst zu berücksichtigen: einmal die noch jeder Organisation fernstehenden Arbeiter, und zweitens das Verhältnissen der verschiedenen Beschäftigten. Die Organisationsfrage war was wird durch die Gewerkschaften bewegt? Ist der Zweck der Gewerkschaften bloß, die Arbeiter für eine Organisation zu gewinnen, oder: die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, zum wenigstens eine Verschlechterung zu verhindern? Stellt man sich auf den letzteren Standpunkt, dann ist die Frage, ob Sozial oder Central-Organisation, einfließen. Da ich und die gesamte Generalkommission auf dem Standpunkt stehen, daß die Gewerkschaften den Zweck haben, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter herbeizuführen, so geht ich auf diese Frage nicht weiter ein, und zwar umsoher, da Vertreter der Sozial-Organisation ja auch zum Wort kommen werden. Ich bin nun der Meinung, daß die Gewerkschaften auch in gewissem Sinne Politik treiben sollten. Diese Politik muß allerdings nur eine Interessenpolitik, nicht aber eine Partei-

Bokmann & Serauky

Halle a. S., Brüderstrasse 18-20, part. u. I. Etage,

beehren sich hierdurch, den Eingang sämtlicher Frühjahrs-Neuheiten in

Mänteln u. Kleiderstoffen

vom einfachen bis zum feinsten Genre in reichhaltiger Auswahl ergehenst anzuzeigen.

Costüm-Modelle in überraschend grosser Auswahl.

Heber
300 neue Muster
schwarzer
Fantasie-Kleiderstoffe
reine Wolle, doppeltbreit, von 1 Mark an
empfehlen
Aug. Volich, Leipzig
Geschäftshaus für Damen-Moden.
Verlag der Deutschen Moden-Zeitung.

Jul. Blüthner's
Pianoforte - Magazin
Piano-Vermiethung.
Halle a. S., Poststraße 15, I.



Für Zeichenschüler
empfehle mein reichhaltiges Lager sämtlicher
Zeichen-Utensilien
in bester Qualität.
Mauergasse 3. H. Bretschneider.



J. Meineke, Gr. Ulrichstr. Nr. 24,
beehrt sich den Eingang sämtlicher
Neuheiten der Frühjahrs-
und Sommerfashion anzuzeigen.
Größte Auswahl garnirter
und ungarwirter Hüte für
Damen u. Kinder. Modelle
leben zur gef. Ansicht.

Kinderwagen, Reisekörbe
empfehle in größter Auswahl zu billigsten Preisen
W. Leopold, Korbmachermeister,
Mauergasse 9, Nähe des Wasserbaues.

Deute-Schlafdecken
für Gutsbesitzer von 3 Mark an.
Strohjacke sehr billig.
M. Wehr, 79 Leipzigerstraße 79.
Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Anker-Cichorien
von Dommerich & Co., Magdeburg-Dufan,
empfehlen als den besten Cichorien in Bienen von 250 Gramm zu 20 Pfg.
in Packeten von 125 Gramm zu 10 Pfg. Keilich, Hennig, Emil Jacob,
C. F. H. Ursin Nachf. in Habesgail.

Am Freitag den 18. und Sonnabend den
19. d. Mts. habe ich im Stalle des Gasthofes
„Zum Rothem Hahn“ in Halle a. S. einen großen
Transport
junger, schwerer, ganz hochtragender,
bezw. frischmilch, österrischer Rasse
zum Verkauf, welche preiswert abgeben.
A. J. Stein aus Cudon in Ostfriesland.

Bekanntmachung!
Wir Unterzeichneten bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss,
dass unsere Geschirrführer keine Berechtigung haben,
Kalk zu verkaufen.
Bieslau, den 5. März 1892.
Otto Götz. Otto Poser. Ernst Heyne.

Kunstoffberei Bitterfeld.
Bei den Angelegenheiten verantwortlich: B. König in Halle.
Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Engros Max Lichtenstein Engros
Halle a. S., Leipzigerstr. 64,
Grosses Sortimentsgeschäft der Putz- und Strohhut-Branche
empfiehlt zur Frühjahrs-Saison
Strohhüte für Damen, Mädchen u. Knaben.
Da ich nicht reisen lasse, bin ich in der Lage, diesen Artikel zu aussergewöhnlich billigen
Preisen zu liefern. Das Lager ist stets bis zum Schluss der Saison in allen Neuheiten vollständig sortirt.
Richtige Qualitäten und Formen sowohl im Stapel- wie auch mittleren u. feinen Genre.
Grösstes Lager in sämtlichen Putzartikeln
wie Perispitzen, coul. Crêpe-tisse- u. seid. Chantilly-Spitzen, neueste Garnir-Tülls, coul. Gaze und Crêpe,
glatte und façonnirte Bänder, Schotten etc.
Permanente Ausstellung v. garnirten Damen- u. Kinderhüten.
Garnirte Kinderhüte v. 50 Pfg. an. Garnirte Damenhüte v. 1 Mk. 60 Pfg. an.
Spitzenhüte, Spitzentouques, elegant garnirt, von 2 Mk. an.
Für Putzgeschäfte billigste Einkaufsquelle.
Lagerbesuch empfohlen. — Musterversendungen gegen Aufgabe von Referenzen.

Hallesehe Concurrrenz-Gesellschaft
Confirmanden-
Anzüge
empfehlen in größter und
billigster Auswahl:
Wadstein, reine Wolle, 10-20
Diagonal und Satin 13-22
Kammgarn-Anzüge 15-24
Kammgarn-Anzüge
bestes Fabrikat 20-30
Leipzigerstraße 5.
eine Treppe hoch.

Kein Rauch mehr!
Lieferant als Spezialität unter Garantie des Ausbleibens von Rauch; bei Nicht-
erfüllung des Brides erfolgt Zurücknahme. Auf Wunsch gebe ich selbige auf Probe.
Alb. Thielemann,
Klempnermeister, Dorfstr. 5.
Frish gebr. Weiskalk offerirt zu billigsten Tagespreisen
R. Schrader, Halle a. S.,
Marienstr. 23, Telephon Nr. 449.
Wiederlage: Centralgüterbahnhof,
am neuen Schlachthofhof.

besten Cementkalk in
Bei billigster Preisstellung jede Garantie für vorzüglichste Ausführung: Mutterkuchen und
Preisliste für Tärben und Breiten von Plüsch und Sammet bei
Geschw. Storch,
Gr. Ulrichstr. 17.
Mit 2 Beiblättern.

Pathengeshenke!
Massiv gold. Ohrringe in größter
Acht Goldketten mit achtm
acht goldene Ringe 8- und 14-
tortin.
F. R. Tittel,
Gold- und Silberwaren, Monteur-
waarenfabrik.
Siebenauerstraße 25.

Zolltöde
v. 10 Pf. 20 Pf. 25 Pf.
orangebraun 25 Pf. 35 Pf. 40 Pf.
beste Sorten 50 Pf. 60 Pf. 80 Pf.
Wiederverkäufer Engrospreise.
39. Albin Hentze, 39.
Schwerstraße

Zulfedern
werden nach echt vortier System ge-
waschen u. gekammt. Stelle u. prompte
Reparatur wird zugesichert.
Maria Siegel, Federkränzel-
Geschäft, Bitterfeld, Kirchstraße 9.